

Fraktion SGA/Parteilose

Zug, 17. April 2000

Patrick Cotti Loretohöhe 7
6300 Zug
Tel. P: 710 59 49 / G: 728 45 33
e-mail: pcotti@freesurf.ch

An den Präsidenten des Grossen
Gemeinderates der Stadt Zug
Herrn Rainer Hager
Stadthaus
6301 Zug

Sehr geehrter Herr Hager

Wir bitten Sie, folgende Motion aufgrund der Aktualität des Themas möglichst bald im Grossen Gemeinderat zu behandeln.

Motion: „Schaffung von Sozial- und Notwohnungen in der Stadt Zug“

Der Stadtrat wird beauftragt, innerhalb von drei Monaten das Bedürfnis des Sozialamtes an Sozial- und Notwohnungen dem Gemeinderat vorzulegen, und zwar aufgrund der gesetzlichen Sozialhilfe sowie aufgrund von finanzpolitischen Überlegungen zur Mietzins-Unterstützung durch das Sozialamt. Um die geforderten Sozial- und Notwohnungen zu realisieren, sollen des weitern zeitlich definierte Massnahmen dargestellt und umgesetzt werden.

Begründung:

Grundsätzlich mangelt es in der Stadt Zug an Wohnungen, deren Mietpreise von finanziell schwachen Familien - aber auch einzelnen Personen - bezahlt werden können. Personen, die vom Sozialamt finanziell unterstützt werden müssen (1999 rund 400 Fälle) kommen mitunter auch nicht von der Sozialhilfe los, weil die Mietzinse die Budgets entsprechend belasten. Der Wohnungswechsel in eine billigere Wohnmöglichkeit kann vom Sozialamt dabei nur theoretisch verlangt werden, weil der Markt keine billigeren Wohnungen anbietet. Ziel der staatlichen Sozialhilfe sowie der meisten auf finanzielle Unterstützung angewiesenen Personen ist es aber, möglichst schnell wieder von der direkten finanziellen Unterstützung wegzukommen.

Da die wichtigen konstanten Lebenskosten im Budget wie Essen, Versicherungen, Haushalt etc. wohl mit Hilfe des Sozialamtes optimiert werden können, jedoch in der Preisgestaltung der Einflussnahme der Stadt Zug nicht unterliegen, scheint es naheliegend, bei den Kosten für das Wohnen die je länger je notwendigeren Möglichkeiten zu schaffen, die Mietpreise für finanziell schwache Personen durch die Schaffung von zum Beispiel stadt-eigenen bzw. gemieteten und durch die Stadt subventionierten Wohnungen - entsprechend den früheren WEG-Bemühungen des Bundes - zugunsten der Mieterschaft zu verändern. Sicher bietet sich dabei auch in der bevorstehenden

- 2 - Motion: "Schaffung von Sozial- und Notwohnungen in der Stadt Zug"

Überbauung „im Roost" die Gelegenheit dazu. Bei der Schaffung von solchem Wohnraum muss, nach unserer Meinung, auf eine gesunde Durchmischung der MieterInnenenschaft geachtet werden.

Des weitem stehen dem Sozialamt, nach dem Brand des Hauses an der Kirchenstrasse, keine Notwohnungen mehr zur Verfügung. Notunterkunft muss zurzeit in der Jugendherberge, in meist teuren Hotels, oder gar in der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden bei diesen geboten werden. Das Sozialamt spricht diesbezüglich von einem Notstand.

Es ist davon auszugehen, dass die dem Sozialamt bekannten Fälle bloss einen Bruchteil der Personen ausmachen, die unter den, zu ihren Einkommen verhältnismässig zu hohen Mieten in finanzielle Bedrängnis gelangen.

Im Namen der Fraktion SGA/Parteilose

sig. Patrick Cotti